

Hannover, den 06.03.2013

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordnete Norbert Böhlke und Reinhold Hilbers (CDU)

Anpassung der Pflegesätze - Welche Kompetenzen haben das Land und die neue „Fachkommission Pflege“?

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 wird angekündigt, eine „Fachkommission Pflege“ ins Leben zu rufen, „die die landespolitischen Initiativen unter Einbeziehung der Verbände (...) vorbereitet“. So soll u. a. über eine Konvergenzphase eine Anpassung der Pflegesätze auf mindestens den durchschnittlichen Pflegesatz der westdeutschen Bundesländer erfolgen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Verhältnis wird die Fachkommission zu dem gemäß § 92 SGB XI in Niedersachsen eingerichteten Landespflegeausschuss stehen?
 2. Welche Aufsichtsmöglichkeiten hat das Land bei der Bestimmung der Höhe der Pflegesätze, und wie wird die konsequente Nutzung konkret erfolgen?
 3. Auf der Basis welcher (Rechts-)Grundlage soll die Konvergenzphase eingeführt werden, und wie und von wem werden die entsprechend erhöhten Pflegesätze zu finanzieren sein?
2. Abgeordnete Wiard Siebels, Renate Geuter, Ronald Schminke, Sigrid Rakow, Karl-Heinz Hausmann, Uwe Strümpel, Marcus Bosse und Claus-Peter Poppe (SPD)

Pferd statt Rind, falsch deklarierte Eier und giftiger Mais - Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Kette der jüngsten Skandale der Ernährungsindustrie?

Die Diskussion um die notwendigen Konsequenzen nicht deklarierten Pferdefleisches in zahlreichen Convenience-Produkten hatte kaum begonnen, als am 23. Februar 2013 der nächste Skandal der Ernährungswirtschaft bekannt wurde: Bereits seit Oktober 2011 ermittelt die Staatsanwaltschaft Oldenburg wegen gewerbsmäßigen Betruges gegen rund 150 Legehennenhalter in Niedersachsen, die ihre Eier u. a. als Boden-, Freiland- oder Bioeier falsch deklariert haben. Von dem Vorwurf, ihre Ställe zum Teil massiv überbelegt und damit den Haltungsvorgaben zuwider gehandelt zu haben, sind überwiegend konventionell wirtschaftende Betriebe, aber auch Biobetriebe betroffen - vorwiegend solche, die neben einer Hennenhaltung nach den Kriterien des ökologischen Landbaus auch konventionelle Legehennenhaltung betreiben. Er habe erstmalig im Frühjahr 2012 von den Ermittlungen erfahren, erklärte der ehemalige Landwirtschaftsminister Gert Lindemann am 27. Februar 2013 gegenüber dem NDR. Die Tatsache, rund ein Jahr geschwiegen zu haben, begründet der bis zum 18. Februar 2013 zuständige Minister damit, dass er die laufenden Ermittlungen nicht habe gefährden wollen.

Am 1. März 2013 wurde der nächste Skandal bekannt: Eine im Braker Hafen angelandete Lieferung von 45 000 t Mais aus Serbien ist mit Aflatoxin B1 belastet, einem krebserregenden Gift aus Schimmelpilzen, das sich vor allem bei Temperaturen zwischen 20 und 30 Grad Celsius optimal entwickelt und deshalb als importiertes Toxin gilt. Rund 10 000 t dieser belasteten Maislieferung wurden von dreizehn Futtermittelherstellern bereits zu Rinder-, Schweine- und Geflügelfutter weiterverarbeitet und an Tausende landwirtschaftliche Betriebe, weit überwiegend in Niedersachsen, ausgeliefert. Aufgefallen ist der belastete Mais nicht etwa bei Eigenkontrollen des Exporteurs, des

Importeurs oder der Futtermittelwerke, sondern bei der Kontrolle der Milch eines Betriebes in Leer, die oberhalb des Grenzwertes mit Aflatoxin belastet war. Warnmeldungen vor der Aflatoxinbelastung von Mais aus Serbien, die die EU-Kommission bereits im Oktober 2012 herausgegeben hat, haben die Futtermittelwirtschaft offenbar nicht zu ausreichenden Kontrollen veranlasst. Den Schaden tragen Hunderte Milchviehbetriebe in Niedersachsen, die vorübergehend ihre Milch nicht abgeben durften.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die neue Landesregierung das Vorgehen ihrer Vorgängerin, die Öffentlichkeit monatelang nicht über den Verdacht des massenhaften gewerbsmäßigen Betruges bei der Kennzeichnung von Eiern informiert zu haben?
 2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die Aflatoxinbelastung einer Maislieferung aus Serbien weder bei den Eigenkontrollen des Exporteurs und des importierenden Betriebes noch bei den dreizehn Futtermittelherstellern aufgefallen ist, die diesen Mais zu Tierfutter weiterverarbeitet haben?
 3. Welche Konsequenzen wird die Landesregierung aus den Skandalen um nicht deklariertes Pferdefleisch, falsch gekennzeichnete Eier und giftigen Mais ziehen?
3. Abgeordnete Ina Korter, Heinrich Scholing und Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)

Beendigung des Projekts HannoverGEN

„Das Projekt HannoverGEN wird beendet“, heißt es auf Seite 74 des Koalitionsvertrages zwischen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen. Damit ist das Ende eines Projekts an vier Stützpunktschulen in Hannover besiegelt, in das seit 2008 mindestens 1,16 Mio. Euro aus Landesmitteln geflossen sind. Nachdem das in der Konzeption des Projekts vorgesehene Sponsoring nicht in der zunächst eingeplanten Höhe von 700 000 Euro eingeworben werden konnte, ist die Wirtschaft noch in der Größenordnung von 3 % der Projektkosten beteiligt. Zu den Sponsoren gehört die KWS LOCHOW GMBH, eine Tochtergesellschaft des Saatgutkonzerns KW Saat AG, dem einzigen Unternehmen, das in Deutschland noch auf Genpflanzen setzt. Die Federführung für Konzeption und Durchführung von HannoverGEN liegt - obwohl es sich um ein Schulprojekt handelt - beim Landwirtschaftsministerium.

Das Projekt stand von Beginn an in der Kritik. Diese entzündete sich u. a. an der Person des wissenschaftlichen Projektleiters, Prof. Hans-Jörg Jacobsen, einem Befürworter der Agro-Gentechnik. Eine einseitige Ausrichtung des Projekts wurde auch in einer im Oktober 2012 von mehreren Verbänden und dem Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft vorgelegten Studie „Keine Akzeptanzbeschaffung für Agro-Gentechnik in den Schulen!“ nachgewiesen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung mit dem Projekt HannoverGEN von 2008 an eine Priorisierung dieses Themas für den schulischen Unterricht im Fach Biologie vorgenommen und mit einem relativ hohen Finanzvolumen ausgestattet, während bei anderen als wichtig angesehenen Themen, etwa dem globalen Ressourcenschutz oder der Solartechnik, eine derartige Unterstützung seitens des Landes nicht gewährt wurde?
2. Aus welchen sachlichen Gründen liegt die Federführung für das Projekt nicht beim Kultus-, sondern beim Landwirtschaftsministerium?
3. Wie bewertet die neue Landesregierung die u. a. in o. g. Studie formulierte Kritik, das Projekt HannoverGEN sei einseitig zugunsten der Gentechnik ausgerichtet?

4. Abgeordnete Christian Grascha und Jörg Bode (FDP)

Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung

Der Ministerpräsident sagte am 10. Februar 2012 auf die Frage, ob die neue Landesregierung beabsichtige, die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung (LHO) einzuhalten oder Änderungen anzustreben: „Gehen Sie davon aus, dass wir uns an dieser Stelle eine Korrektur vorbehalten.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Kann die Landesregierung eine Änderung der Schuldenbremse in der LHO ausschließen?
2. Inwiefern hält es die Landesregierung für sinnvoll und glaubwürdig, die Ziele der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung von kurzfristigen Konjunktur- und Steuerschätzungen abhängig zu machen?
3. Inwiefern hält die Landesregierung es für möglich, die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts durch eine Verbesserung der Einnahmeseite zu erreichen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Studien, zuletzt auch eine Studie des Karl-Bräuer-Instituts, nach Auffassung von Beobachtern eindeutig darlegen, dass Haushaltskonsolidierung nur durch Anstrengungen auf der Ausgabeseite gelingen kann?

5. Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Wie hoch ist der Schuldenstand des Landes?

In der Regierungserklärung vom 19. Februar 2013 erklärte Ministerpräsident Weil, die Neuverschuldung des Landes sei in den letzten 10 Jahren um 20 Milliarden Euro gestiegen. Am 20. Februar 2013 erklärte die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Frau Modder, in der Aussprache zur Regierungserklärung, der Schuldenberg Niedersachsens sei unter der CDU-geführten Landesregierung um 20 Milliarden auf 60 Milliarden Euro gestiegen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch war der Schuldenstand des Landes aus Kreditmarktmitteln per 31. Dezember 2012?
2. Wie hoch war der Schuldenstand des Landes aus Kreditmarktmitteln per 1. Januar 2004?
3. Wie hoch war der Schuldenstand des Landes aus Kreditmarktmitteln per 31. Dezember 1990?

6. Abgeordnete Renate Geuter (SPD)

Millionenfach falsch deklarierte Eier in Niedersachsen - Seit wann weiß die Landesregierung von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und welche Schritte hat sie unternommen?

Millionenfach sind Verbraucher in Niedersachsen offenbar systematisch getäuscht worden. Sie kauften Eier mit einem Biosiegel, obwohl mehr Legehennen in den Ställen untergebracht waren, als nach den Kriterien für ein solches Zertifikat erlaubt waren. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg soll schon seit 2011 gegen 150 Betriebe in Niedersachsen ermitteln. Dabei gehe es um Betrugsverdacht, aber auch um einen möglichen Verstoß gegen das Futtermittelgesetz sowie in einigen Fällen auch um den Verdacht auf einen möglichen Verstoß gegen das ökologische Landbaugesetz, so die Presse. Alle von den Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaften in den Betrieben beschlagnahmten Unterlagen sind vom LAVES gutachterlich ausgewertet und danach an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben worden.

Obwohl die Staatsanwaltschaft schon eineinhalb Jahre ermitteln soll, ist die Nachricht darüber erst Ende Februar 2013 an die Öffentlichkeit gelangt. Auch die Kontrollstellen selbst fühlen sich offenbar schlecht informiert. Sie hätten erst im Dezember 2012 dezente Hinweise erhalten, dass sie möglicherweise ausgetrickst würden, so ein Vertreter einer Ökokontrollstelle. Unklar ist, weshalb es trotz der vorgesehenen Kontrollen zu über 150 Ermittlungsverfahren in Niedersachsen kommen konnte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Seit wann weiß die Landesregierung von den Ermittlungen wegen des Verdachts falsch deklarerter Eier, und durch wen wurde sie darüber informiert?
2. Hat die ehemalige Landesregierung von sich aus eine Liste der Betriebe angefordert, gegen die ermittelt wurde, hat sie diese unaufgefordert erhalten, oder musste sie, gegebenenfalls bei wem, intervenieren?
3. Wenn ja, seit wann liegt der Landesregierung eine solche Liste der in Verdacht stehenden Betriebe vor, was hat sie daraufhin unternommen, und wie bewertet die jetzige Landesregierung dieses Vorgehen?

7. Abgeordnete Gabriela König, Christian Dürr und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Was wird aus dem Abschnitt 6 der A 20 bei unterschiedlichen Einschätzungen der rot-grünen Landesregierung zum Nutzen von Autobahnen?

Die geplante Küstenautobahn A 20 nimmt nach Auffassung von Verkehrsexperten für die Verbindung zwischen den Nord- und Ostseeanrainerstaaten, für die Entlastung des Hamburger Stadtgebietes und für die Erschließung des gesamten nordwestdeutschen Raumes eine herausragende Bedeutung ein. Teile der Regierungskoalitionen in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen stellen die Planung und den Bau der A 20, eine der größten Neubauplanungen in Deutschland, allerdings infrage. Für den Planungsabschnitt 6 ist das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden, und die Unterlagen haben zur Einsichtnahme ausgelegt. Die rot-grüne Landesregierung hat angekündigt, nach dem Regierungswechsel 16 Millionen Euro für Planungskosten zugunsten von Schienenprojekten abzuziehen. Im Koalitionsvertrag der amtierenden Regierungskoalition heißt es, dass die Planungen der A 20 mit eingeschränktem Mittelansatz weitergeführt werden. Zeitgleich verkündet der Regierungspartner Bündnis90/Die Grünen, dass es in Niedersachsen keinen Spatenstich für neue Verkehrswege geben werde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung hat die A 20 für die Landesregierung?
2. Wie viele Jahre oder Monate Verzögerung wird die angekündigte Kürzung der Planungsmittel auf den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens beim Planungsabschnitt 6 der A 20 von Bremervörde (B 495) bis Elm (L 114) auslösen?
3. Wann rechnet die Landesregierung mit dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt 6 der A 20, und wird sie danach unmittelbar den Baubeginn bei der Bundesregierung beantragen?

8. Abgeordnete Renate Geuter (SPD)

„Blauer Brief“ der EU wegen nicht fristgerechter Umstellung auf die Gruppenhaltung? - In welchem Umfang werden auch in Niedersachsen die Tierschutzvorgaben der EU für Schweine unterlaufen?

Auf EU-Ebene ist bereits 2001 beschlossen worden, dass Zuchtsauen langfristig mehr Platz in ihren Ställen brauchen und daher nicht mehr ihr ganzes Leben im sogenannten Kastenstand verbringen dürfen.

Deutschland hat diese Anforderung 2006 durch die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutztV) umgesetzt. Danach müssen Sauen „im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin“ in der Gruppe gehalten werden. Für Schweinezuchtställe, die vor dem 4. August 2006 genehmigt oder genutzt wurden, galt eine hinreichende Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2012.

Gegen Deutschland und sieben weitere Mitgliedstaaten hat die Europäische Kommission jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen die Pflicht zur Gruppenhaltung von Sauen eingeleitet. Als erster Schritt wurden „blaue Briefe“ versandt. Die Regierungen haben jetzt zwei Monate Zeit, um zu antworten.

Wer die rechtlichen Verpflichtungen nicht einhält, untergrabe den Tierschutz und verursache Marktverzerrungen zulasten von Unternehmen, die die nötigen Investitionen getätigt hätten, so die Kommission. Nach Äußerungen der EU-Diplomatie hatten in Deutschland Anfang des Jahres noch etwa 20 bis 25 % der Betriebe nicht umgestellt. Auch niedersächsische Züchter scheinen ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein. Die zuständigen Kontrollstellen haben sich offensichtlich überwiegend auf die Selbstauskünfte der Unternehmen verlassen, weil für eine flächendeckende Kontrolle vor Ort nicht genügend Personal vorhanden zu sein scheint.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung derzeit darüber vor, in welchem Umfang Betriebe in Niedersachsen ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Umstellung auf Gruppenhaltung nicht nachgekommen sind?
2. Wird es für Betriebe, die die Vorgaben der in der TierSchNutzv umgesetzten EU-Anforderungen für Zuchtsauen bis heute nicht umgesetzt haben, Konsequenzen geben und, wenn ja, welche?
3. Wird die Landesregierung konkrete Maßnahmen ergreifen, um zukünftig die Einhaltung von EU-Vorgaben im Bereich des Tierschutzes ausreichend kontrollieren zu können, und, wenn ja, welche?

9. Abgeordneter Dirk Toepffer (CDU)

Ist die D-Linie in Hannover praxistauglich?

In einer Studie der Industrie- und Handelskammer Hannover wurde im September 2012 festgestellt, dass die Verkehrsinfrastruktur der Landeshauptstadt in etlichen Punkten verbesserungswürdig sei. Die IHK bemängelte, dass alle vorliegenden Varianten der D-Linie der Stadtbahn auf Grundlage einer Wirkungsanalyse für den Verkehr ergebnisoffen diskutiert werden müssten.

Problematisch ist aus Sicht der hannoverschen Wirtschaft der Bereich der Ernst-August-Galerie, die starke Fußgängerströme auf sich ziehe. Im Zusammenhang mit dem derzeit geplanten Verlauf der D-Linie würde eine Sperrung des Posttunnels dazu führen, dass 12 500 Fahrzeugbewegungen über andere Verkehrsstrecken erfolgen müssten und die Passanten durch den Straßenbahnverkehr beeinträchtigt würden. Aktuelle Pläne der Landeshauptstadt Hannover, die Linien 10 und 17 bis zur neuen Endstation Raschplatz fahren zu lassen und den Posttunnel am Bahnhof zur Einbahnstraße umzufunktionieren bzw. komplett zu sperren, werden von der IHK Hannover als nicht „praxistauglich“ bewertet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird die D-Linie nach Ansicht der Landesregierung zu einer Verbesserung der Verkehrssituation am Hauptbahnhof der Landeshauptstadt beitragen?
2. Welche Umsetzungsvariante bevorzugt die Landesregierung?
3. Wird sich das Land Niedersachsen - und wenn ja, in welcher Höhe - anteilig an den Investitionskosten beteiligen?

10. Abgeordnete Angelika Jahns (CDU)

Wie beurteilt die Landesregierung Pläne für einen Regionalverband Braunschweig?

Laut einem Bericht der *Braunschweiger Zeitung* vom 28. Januar 2013 hat der SPD-Unterbezirk Braunschweig Ende Januar ein Konzept für einen Regionalverband Braunschweig veröffentlicht.

Dieser Regionalverband solle sich aus dem bestehenden Zweckverband Großraum Braunschweig weiterentwickeln und die bestehenden Landreise und kreisfreien Städte nicht abschaffen. Er solle im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung und Tourismusvermarktung zusätzliche Zuständigkeiten erhalten. Auch soll die Anwerbung von EU-Fördermitteln in einem Europabüro gebündelt werden. Langfristig könne daraus eine Region Braunschweig entstehen.

Entscheidungen für diesen neuen Regionalverband sollten von einer Verbandsversammlung getroffen werden, die mit Mitgliedern der Kreistage und Stadträte besetzt wäre.

Gegen dieses Konzept wurde in diesem Bericht u. a. von Vertretern der Partei Bündnis 90/Die Grünen eingewendet, dass ein nicht direkt gewähltes Regionsparlament ein Rückschritt wäre und lediglich den Interessen der Landkreise dienen würde. Das gemeinsame regionale Interesse würde hingegen geschwächt werden. Daher dürften auch nicht wichtige Kompetenzen auf den neuen Regionalverband übertragen werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Veränderung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig plant die Landesregierung?
2. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, weitere Kompetenzen auf einen solchen Zweck- oder Regionalverband zu übertragen, ohne eine direkt gewählte Vertretung der Bürger zu schaffen?
3. Wie vertragen sich eine solche Stärkung eines Regionalverbandes und damit eine zusätzliche Entscheidungsebene mit dem weiterhin verfolgten Ziel der Entbürokratisierung?

11. Abgeordneter Dirk Toepffer (CDU)

Leben Kinder im Straßenverkehr von Hannover gefährlicher als in anderen Städten?

Der im Dezember 2012 vorgelegte Kinderunfallatlas der Bundesanstalt für Straßenwesen belegt, dass Kinder im hannoverschen Straßenverkehr einer besonderen Gefährdung unterliegen. Bereits im Jahr 2008 war die Zahl der verunglückten Kinder im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten besonders hoch. Im bundesweiten Vergleich belegt der Kinderunfallatlas, dass Städte in der Mitte und im Süden Deutschlands wesentlich besser als Hannover abschneiden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die überdurchschnittliche Gefährdung von Kindern im hannoverschen Straßenverkehr?
2. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um - gegebenenfalls durch Einwirken auf die Verwaltungsspitze der Stadt Hannover - auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken?
3. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung unterstützt, um an Verkehrsunfall-schwerpunkten zu einer Verbesserung zu gelangen?

12. Abgeordneter Thomas Adasch (CDU)

Welche Unterschiede in der Abschiebep Praxis gab es im Jahr 2012 zwischen Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen?

In den Wahlprogrammen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Landtagswahlkampf 2013 nahm die Flüchtlingspolitik eine zentrale Rolle ein. Dem folgend, enthält der Koalitionsvertrag dieser Parteien die Ankündigung eines Paradigmenwechsels in der Flüchtlingspolitik.

Die Praxis bei Abschiebungen der niedersächsischen Ausländerämter wurde in den Medien während der 16. Wahlperiode des niedersächsischen Landtages häufig als besonders rigide und unangemessen bezeichnet. Insbesondere dem ehemaligen niedersächsischen Innenminister, Herrn Uwe Schünemann, wurde eine „harte Hand“ unterstellt, beispielsweise in der *Welt am Sonntag* vom 18. November 2012.

In der Aussprache zur Regierungserklärung erklärte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Anja Piel: „... der Name Schünemann steht für eine Politik, die nicht davor zurückschreckte, Familien bei Nacht und Nebel auseinanderzureißen ...“

Vor diesem Hintergrund ist ein Vergleich mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg aufschlussreich, um zu sehen; ob sich in diesen Ländern die Praxis der Abschiebung im Vergleich zu Niedersachsen unterscheidet. Dabei ist auch zu berücksichtigen, ob es in diesen Ländern zu einer unterschiedlichen Handhabung von Nachtabschiebungen gekommen ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Abschiebungen gab es im Jahre 2012 in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, und zwar berechnet auf 100 000 Einwohner der Bundesländer?
 2. Wie viele Nachtabschiebungen, also Abschiebungen, die zwischen 22.00 und 6.00 Uhr begonnen haben, gab es im Jahre 2012 in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen?
 3. Erkennt die Landesregierung qualitative Unterschiede in der Abschiebep Praxis im Jahre 2012 zwischen den Bundesländern Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.
13. Abgeordnete Angelika Jahns, Bernd-Carsten Hiebing, Editha Lorberg, Thomas Adasch, Johann-Heinrich Ahlers, Ansgar Bernhard Focke und Rudolf Götz (CDU)

Wird die Landesregierung den Zukunftsvertrag über den 31. März 2013 hinaus verlängern?

Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hat im Dezember 2009 mit den kommunalen Spitzenverbänden einen sogenannten Zukunftsvertrag geschlossen. Hierdurch sollen strukturschwache Gemeinden die Chance erhalten, ihre Finanzprobleme mittels einer Entschuldungshilfe des Landes zu lösen und ihren Haushalt zu konsolidieren.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Entschuldungshilfe ist jedoch die Absicht der entsprechenden Kommune, eine Fusion mit einer anderen Gebietskörperschaft einzugehen. Damit soll angestrebt werden, dauerhaft strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Die Zins- und Tilgungshilfe muss nach den gegenwärtigen Bestimmungen bis zum 31. März 2013 beantragt werden.

Um diese Frist noch zu erreichen, werden zum Beispiel gegenwärtig Verhandlungen geführt zwischen dem Landkreis Helmstedt und der Stadt Wolfsburg zum Zweck einer eventuellen Fusion. Die Beschlussfassungen sind für den Kreistag Helmstedt und den Rat der Stadt Wolfsburg als Absichtserklärung vorbereitet.

Zwischenzeitlich hat nun auch die Stadt Königslutter einen Antrag auf Aufnahme von Eingemeindungsverhandlungen in die Stadt Wolfsburg gestellt.

In diesen und weiteren Fällen möglicher Fusionen wurden bereits erhebliche Summen für Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben. So sollen für die Gespräche zwischen Helmstedt und Wolfsburg bereits 50 000 Euro für ein Gutachten sowie 100 000 für Öffentlichkeitsarbeit investiert worden sein.

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthält keine Aussagen über die konkrete Gestaltung der künftigen kommunalen Strukturen. Der Ministerpräsident ist in seiner Regierungserklärung hierauf ebenfalls nicht eingegangen. Es besteht deshalb eine große Verunsicherung auf kommunaler Ebene, auf welche Veränderungen sich die Kommunen in Niedersachsen strukturell und finanziell einstellen müssen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird der Zukunftsvertrag, der im Augenblick nur bis zum 31. März 2013 gilt, verlängert?
2. Welche strukturpolitischen Ziele verfolgt die Landesregierung bezüglich der künftigen finanziellen Situation der Kommunen?
3. Wird die Landesregierung gegebenenfalls ein „Wolfsburg-Gesetz“ zur Fusion mit Helmstedt unter vorheriger Eingemeindung der Stadt Königslutter dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen?

14. Abgeordneter Thomas Adasch (CDU)

Verfolgungsjagden am 3. und 4. März in Niedersachsen?

Am Morgen des 4. März 2013 kam es laut einem Bericht der HAZ vom 5. März 2013 in Wolfenbüttel zu einer Verfolgungsjagd. Polizisten verfolgten einen 31-jährigen BMW-Fahrer, der sich einer Verkehrskontrolle entziehen wollte.

Nachdem der BMW-Fahrer eine Straßensperre umfahren hatte, verlor er an einer Tankstelle die Kontrolle über das Fahrzeug. Dieses erfasste auf dem Gehweg eine Spaziergängerin und ihren Hund, die in der Folge verstarben.

Einen Tag zuvor, am 3. März 2013 kam es bereits auf der A 7 zu einer Verfolgungsjagd. Von Walsrode bis nach Bockenem verfolgte die Polizei über eine Strecke von über 100 km einen 46-jährigen Fahrer. Laut Medienberichten, etwa im *Hamburger Abendblatt* vom 4. März 2013, konnte dieser nur nach „halsbrecherischen“ Aktionen gestoppt werden. Verletzte soll es hier nicht gegeben haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellen sich die Sachverhalte dieser Verfolgungsjagden konkret dar?
2. Wie beurteilt die Landesregierung diese Vorfälle und die Gefahren von Verfolgungsjagden?

15. Abgeordnete Dr. Max Matthiesen, Reinhold Hilbers und Norbert Böhlke (CDU)

„Ambulant vor stationär“ - Welche Auswirkungen hat dieser Grundsatz auf die Mittel der Wohnungsbauförderung?

Die rot-grüne Koalition hält eine enge Verzahnung der Wohnungsbauförderung mit den Leistungen der Eingliederungshilfe sowie mit den Leistungen der Pflegeversicherung für unabdingbar. Laut Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 soll künftig auch mit Mitteln der Wohnungsbauförderung der Grundsatz „ambulant vor stationär“ verwirklicht werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie soll die Verzahnung konkret aussehen?
2. In welcher Höhe werden künftig Mittel der Wohnungsbauförderung zur Verwirklichung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ eingesetzt?
3. Werden diese Mittel zusätzlich eingesetzt oder durch Kürzungen in anderen Bereichen der Wohnungsbauförderung ermöglicht?

16. Abgeordnete Norbert Böhlke, Petra Joumaah, Dr. Max Matthiesen, Volker Meyer, Gudrun Pieper, Annette Schwarz und Reinhold Hilbers (CDU)

Fachkräftebedarf in der Pflege - Ist die Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflege ein wirksames Instrument?

Zum Abbau von „Handlungsdruck“ ist im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 kurzfristig die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflegeausbildung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen angekündigt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Womit wird in Anbetracht der Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze um rund 35 % seit 2008 begründet, dass das Ausgleichsverfahren erforderlich ist, um einen Mangel an Ausbildungsplätzen zu verhindern oder zu beseitigen?
 2. In welchen Bundesländern wird derzeit ein Ausgleichsverfahren durchgeführt, und wie hat sich dort seit Einführung des Verfahrens die Zahl der Ausbildungsplätze verändert?
 3. Welche Auswirkungen hätten Klagen gegen die Festsetzung einer Ausgleichszahlung, und inwieweit ist ggf. eine Auswirkung auf den Landeshaushalt gegeben?
17. Abgeordnete Dr. Max Matthiesen, Reinhold Hilbers, Norbert Böhlke, Petra Joumaah, Volker Meyer, Gudrun Pieper und Annette Schwarz (CDU)

Wird die Landesregierung die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser verbessern?

Das niedersächsische Sozialministerium hat den zwischen Krankenkassen und Niedersächsischer Krankenhausgesellschaft ausgehandelten Landesbasisfallwert 2013 genehmigt. Die Erhöhung sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend, um die erheblichen finanziellen Probleme der Krankenhäuser zu lösen, erklärte hierzu NKG-Direktor Helmut Fricke.

Nach der jüngsten Umfrage der NKG schrieb mehr als die Hälfte der Krankenhäuser im Land 2012 rote Zahlen, für dieses Jahr rechnen mehr als zwei Drittel aller Häuser mit einem Verlust. An der Umfrage hatten sich 158 von 195 Kliniken beteiligt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind weitere konkrete Schritte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser sind vorgesehen, gegebenenfalls welche?
 2. Wie werden sich die von der NKG angekündigten Verlusterwartungen der Krankenhäuser auf anstehende und künftige Investitionsentscheidungen des Landes auswirken, da diese ausweislich des Koalitionsvertrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 künftig auch an der Wirtschaftlichkeit orientiert werden sollen?
 3. Durch welche Maßnahmen sollen die Kooperation, Fusion und Schwerpunktbildung von Krankenhäusern gefördert werden, und wie viele Mittel werden hierfür gegebenenfalls zur Verfügung gestellt?
18. Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Schulen und Verbände warnen vor Lehrerstellenabbau - Nimmt die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen diese Warnung ernst?

In der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom 29. Januar 2013 hat der Landesvorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz, davor gewarnt, angesichts der sinkenden Schülerzahlen in Niedersachsen bei den Lehrerstellen zu kürzen.

In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben die rot-grünen bzw. grün-roten Landesregierungen ihre Versprechen, keine Lehrerstellen abzubauen bzw. neue Lehrerstellen zu schaffen, nicht gehalten. So sollen in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen etwa 500 Lehrkräfte, in Rheinland-Pfalz rund 2 500 und in Baden-Württemberg sogar 11 600 Lehrkräfte eingespart werden.

Laut der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. Februar 2013 plant die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg zudem, Lehrern ab dem 55. Lebensjahr ihre Arbeitszeit zu reduzieren und den Lohnausgleich zum Schuljahr 2014/2015 zu kürzen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Streicht die Landesregierung in den nächsten Jahren Lehrerstellen in Niedersachsen?
 2. Reduziert die Landesregierung in den nächsten Jahren die Bezüge von Lehrkräften?
 3. Verändert die Landesregierung in den nächsten Jahren die Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte?
19. Abgeordnete Kai Seefried, Jörg Hillmer, Astrid Vockert, Karin Bertholdes-Sandrock, Editha Lorberg, Gabriela Kohlenberg, Petra Joumaah, Ulf Thiele, Clemens Lammerskitten, André Bock, Lothar Koch, Dr. Stephan Siemer, Heiner Schönecke, Christian Calderone, Karl-Heinz Bley, Rudolf Götz, Burkhard Jasper und Horst Schiesgeries (CDU)

Wird HannoverGEN gegen den Willen der Schülerinnen und Schüler beendet?

2008 hat die CDU-geführte Landesregierung das Modellprojekt „HannoverGEN“ an vier niedersächsischen Schulen ermöglicht. Seitdem haben rund 9 000 Schülerinnen und Schüler an Labortagen teilgenommen, biotechnologische Arbeitsweisen kennengelernt und sich im Unterricht mit dem Thema Gentechnik auseinandergesetzt.

Das Projekt „HannoverGEN“ ist im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ der Standortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“ und der Deutschen Bank als „Ausgewählter Ort 2011“ ausgezeichnet worden.

In dem Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 wird angekündigt, Niedersachsen gentechnikfrei zu halten und hierfür keine Fördermittel bereitzustellen. Hierbei soll auch das Projekt „HannoverGEN“ beendet werden.

In der Ausgabe der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 1. März 2013 sprechen sich teilnehmende Schülerinnen und Schüler und die Schulleitungen der Projektschulen gegen die Abschaffung des Modellprojektes aus.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Schulprojekt „HannoverGEN“?
2. Inwieweit trägt das Schulprojekt „HannoverGEN“ dazu bei, das Interesse von Abiturientinnen und Abiturienten zur Aufnahme des MINT-Studienfaches Biologie oder artverwandter Studienrichtungen zu steigern, und welche Alternativen sollen gentechnik-interessierten Schülern zur studienvorbereitenden Auseinandersetzung mit dieser Thematik angeboten werden?
3. Wie bewertet die Landesregierung das folgende Zitat eines Schulleiters aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 1. März 2013: „Nach der Logik der Kritiker müsste ich auch die Kernspaltung aus dem Lehrplan in Physik nehmen, denn Schüler könnten ja indoktriniert werden, wenn sie sich damit beschäftigen.“?

20. Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Welche Auswirkungen hatten die Warnstreiks auf die niedersächsische Bildungsversorgung?

Die Gewerkschaft ver.di hat am 28. November 2012 die Beschäftigten der Kindertagesstätten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Niedersachsen zu einem Warnstreik aufgerufen. Am 19. Februar 2013 haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter u. a. von Schulen und Hochschulen in Niedersachsen an Warnstreiks im öffentlichen Dienst teilgenommen und die Arbeit niedergelegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen in Niedersachsen waren mit wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und über welchen Zeitraum hinweg von den Streiks betroffen?
2. Welche Arbeitsbedingungen wurden in den Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen im Einzelnen kritisiert?
3. Welche Auswirkungen hatten diese Streiks auf die Bildungseinrichtungen, und welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen zu gewährleisten?

21. Abgeordneter Clemens Große Macke (CDU)

„Das Eberboot ist voll!“ (Marc van der Lee. In: „Vion will niederländische Eberschlachtungen bremsen“, *agrarheute.com*, 15. Januar 2013)

Die Ebermast ist eine Alternative zur betäubungslosen Kastration, die im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes voraussichtlich spätestens ab 2019 nicht mehr zulässig sein wird. So seien laut dem Artikel „Vion will niederländische Eberschlachtungen bremsen“ in der Onlinezeitschrift *agrarheute.com* vom 15. Januar 2013 die Absatzkanäle für Eberfleisch begrenzt. So sagte der Pressesprecher der niederländischen Vion Marc van der Lee „Das Eberboot ist voll!“ (ebd.). Die bisher bestehende Abnahmegarantie für Eber sei nicht zu halten, und die Landwirte müssten mit veränderten Zahlungsmodalitäten rechnen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ebermast als Alternative zur betäubungslosen Kastration?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die zukünftige Vermarktungssituation von Eberfleisch?
3. Wird die Landesregierung Maßnahmen treffen, um die Vermarktung von Eberfleisch zu fördern?

22. Abgeordneter Karl-Heinz Bley (CDU)

Setzt die rot-grüne Landesregierung bei der Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern auf eine ausgeglichene Geschlechterverteilung?

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 wurde festgehalten: „Die rot-grüne Koalition unterstützt die Bestrebung, den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig zu erhöhen. Bei Unternehmen, an denen das Land als Anteilseigner beteiligt ist, wird sie bei eigenen Vorschlägen bzw. der Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder im Auftrag des Landes auf eine ausgeglichene Geschlechterquotierung von Frauen und Männern achten.“

Am 19. Februar 2013 beschloss die neu gewählte Landesregierung als eine der ersten Amtshandlungen, Ministerpräsident Stephan Weil und Wirtschaftsminister Olaf Lies in den Aufsichtsrat von Volkswagen zu entsenden. Damit wurde die erste Möglichkeit, eine ausgeglichene Geschlechterverteilung bei Aufsichtsräten in Landesbeteiligungen zu erreichen, verfehlt und der Koalitionsvertrag nicht eingehalten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurden mit Stephan Weil und Olaf Lies zwei Männer in den Aufsichtsrat von Volkswagen entsandt?
2. Steht die Landesregierung zur Vereinbarung im Koalitionsvertrag, auf ausgeglichene Geschlechterverteilung bei der Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern im Auftrag des Landes Niedersachsens zu achten?
3. Wenn ja, bei welchen Landesbeteiligungen sollen nach Plänen der Landesregierung Frauen in Aufsichtspositionen gebracht werden, und wann wird die Entscheidung hinsichtlich des Aufsichtsrates von VW geändert?

23. Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Welche Straßenbauprojekte hält die Landesregierung im Landkreis Friesland für wichtig?

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 legen sich die Koalitionäre darauf fest, die von Niedersachsen eingereichten Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bis 2030 zu überprüfen und gegebenenfalls einzelne Projekte zu streichen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat darüber hinaus in einer Pressemitteilung vom 25. Februar 2013 angekündigt, sich allein auf die Bestandserhaltung zu beschränken und nicht in neue Straßenbauprojekte zu investieren. In den nächsten Jahren könne kein Spatenstich gesetzt werden, so die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen. Zudem sollen laut Pressemitteilung „die 241 Aus- und Neubauten von Bundesstraßen und Autobahnen auf den Prüfstand, die Schwarzgelb Ende 2012 für den kommenden Bundesverkehrswegeplan“ angemeldet hatte.

Hiervon wären im Landkreis Friesland laut aktueller Anmelde-Liste für den Bundesverkehrswegeplan die Ortsumgehungen Friedeburg entlang der B 436 (Anmelde-Liste lfd. Nr. 188) und Varel (B 437, Nr. 189) betroffen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird sich die Landesregierung wie angekündigt auf die Bestandserhaltung von Bundesstraßen beschränken und auf Neubauprojekte verzichten?
2. Hat die Landesregierung vor, die genannten Ortsumgehungen im Landkreis Friesland aus der Anmelde-Liste für den Bundesverkehrswegeplan herauszunehmen?
3. Kann die Landesregierung bei einer Streichung von Projekten garantieren, dass in den betroffenen Regionen ohne Ortsumgehungen das Verkehrsaufkommen dauerhaft unter das bereits bestehende Niveau gesenkt werden kann?

24. Abgeordnete Karin Bertholdes-Sandrock, Angelika Jahns, Jörg Hillmer und Ingrid Klopp (CDU)

Wird die rot-grüne Landesregierung am Bau der geplanten Autobahn A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg festhalten?

Der nordostdeutsche Verkehrsraum zwischen den Autobahnen A 7 im Westen, A 24 im Norden, A 10 im Osten und A 2 im Süden ist nach Ansicht von Verkehrsexperten verkehrlich nur unterdurchschnittlich erschlossen. Im Juli 2002 hat das Bundesverkehrsministerium in Abstimmung mit den beteiligten Ländern Niedersachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt Einigkeit über den Neubau der A 39, der A 14 sowie die Schaffung einer leistungsfähigen Verbindung zwischen den beiden Autobahnen im Zuge der sogenannten B 190n erzielt. Für den Bau der A 39 fand sich nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen im Frühjahr 2003 eine breite parlamentarische Mehrheit aus CDU, FDP und SPD.

Im Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2013 hatte die SPD angekündigt, „Autobahnverbindungen wie insbesondere die A 20, A 26 und A 39 und wichtige Bundesstraßenprojekte“ zu realisieren. Darüber hinaus stellte die SPD klar, dass „keine Region durch vernachlässigte Straßen- und Schienenanbindung von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt“ werden solle. Die Grünen haben sich in ihrem Wahlprogramm 2013 dafür ausgesprochen, dass die Planung neuer Autobahnen wie z. B. der A 20, A 39, A 33 und E 233 schnellstmöglich beendet werden solle. Am 6. Februar 2013 haben sich SPD und Grüne darauf verständigt, die Autobahnen A 20 und A 39 weiter zu beplanen, aber durch den Abzug finanzieller Mittel die Planungen verzögern zu wollen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung sich dafür einsetzen, dass die A 39 in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans ab dem Jahr 2015 aufgenommen wird?
 2. Um wie viele Jahre wird sich die vollständige Planfeststellung aller Bauabschnitte der A 39 durch den Abzug von Planungsmitteln voraussichtlich verzögern?
 3. Wann rechnet die Landesregierung mit der Baureife der A 39, unterteilt nach Planungsabschnitten?
25. Abgeordnete Hans-Heinrich Ehlen, Jens Nacke, Kai Seefried, Björn Thümler und Astrid Vockert (CDU)

Steht die SPD-geführte Landesregierung zum Bau der Küstenautobahn A 20 inklusive fester Elbquerung?

Die geplante A 20 hat für die verkehrliche Entwicklung in Niedersachsen nach Ansicht von Verkehrsexperten oberste Priorität und sichert zusammen mit den bestehenden Autobahnen (A 1, A 2 und A 7) Niedersachsens Bedeutung als Reise- und Transitland in Europa. Nach Ansicht des niedersächsischen Verkehrsgewerbes und der im Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag zusammengeschlossenen Wirtschaftsverbände leistet die A 20 einen wertvollen Beitrag zur Erschließung des nordwestdeutschen Verkehrsraums. SPD und Grüne wurden nach der Landtagswahl im Januar 2013 von verschiedenen Wirtschafts- und Verkehrsverbänden aufgefordert, die bekannten Engpässe auf Straße, Schiene und Wasserstraße, zu denen auch die A 20 gehört, zügig anzupacken.

Die SPD Niedersachsen hatte in ihr Regierungsprogramm aufgenommen, dass sie sich für den Bau der Küstenautobahn A 20 aussprechen werde. Die Grünen haben in ihrem Regierungsprogramm eine Planung neuer Autobahnen abgelehnt. Am 6. Februar 2013 haben sich SPD und Grüne darauf verständigt, die Autobahnen A 20 und A 39 weiterzubehalten, aber durch den Abzug finanzieller Mittel die Planungen verzögern zu wollen. Der Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Reinhard Meyer (SPD), hat zuletzt mit Nachdruck für den vollständigen Bau der A 20 geworben („Wir brauchen sie in voller Länge, einschließlich der westlichen Elbquerung“, SHZ vom 22. Januar 2013).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches Potenzial hat die Küstenautobahn A 20 aus Sicht der Landesregierung für die Hinterlandanbindung der niedersächsischen Seehäfen?
2. Auf welcher rechtlichen Grundlage soll der angekündigte Abzug von Planungsmitteln für die Küstenautobahn A 20 erfolgen?
3. Wird sich die neue Landesregierung dafür einsetzen, dass die A 20 inklusive fester Elbquerung in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans ab dem Jahr 2015 aufgenommen wird?

26. Abgeordnete Karl-Heinz Bley und Dirk Toepffer (CDU)

Plant die neue Landesregierung Streichungen bei der Anmelde­liste für den Bundesver­kehrswegeplan 2015 bis 2030?

Die CDU-geführte Landesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 18. Dezember 2012 die Anmelde­liste für den Bundesverkehrswegeplan von 2015 bis 2030 beschlossen und an Bundesver­kehrsminister Dr. Peter Ramsauer übergeben. Für den Bereich Straße wurden insgesamt 241 Pro­jekte aufgenommen, darunter die Küstenautobahn A 20, die A 39 zwischen Lüneburg und Wolfs­burg sowie die A 26 an der Unterelbe. Weiterhin berücksichtigt wurden zahlreiche Maßnahmen und Ortsumgehungen bei Bundesstraßen.

Im Bereich Schiene wurde prioritär auf eine Entlastung von Netzknoten um die großen Ballungs­zentren Hannover, Hamburg und Bremen geachtet. Zusätzlich wurden Vorhaben zum Ausbau der Strecken Rothenburg–Verden, Oldenburg–Leer oder auch die sogenannte Weddeler Schleife bei Braunschweig berücksichtigt.

Im Bereich Wasserstraße wurden Projekte an der Weser, am Dortmund-Ems-Kanal, am Mittelland­kanal einschließlich weiterer Stichkanäle, am Elbeseitenkanal und am Küstenkanal sowie der Neu­bau einer Schleuse am Schiffshebewerk in Scharnebeck beim Bund angemeldet.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen wurde beschlossen, die Anmelde­liste für den neuen Bundesverkehrswegeplan aufzuschnüren und gegebenenfalls Projekte zu strei­chen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Projekte hat Niedersachsen im Dezember 2012, unterteilt nach den Verkehrsträgern Straße, Schiene und Bundeswasserstraße, beim Bund angemeldet?
2. Welche Projekte, unterteilt nach den Verkehrsträgern Straße, Schiene und Bundeswasser­straße, hält die rot-grüne Landesregierung für entbehrlich?
3. Wie wird die Landesregierung die unterschiedlichen Interessen von Kommunen, Verbänden und Wirtschaft in Bezug auf die Neuausgestaltung des Bundesverkehrswegeplans berück­ichtigen?

27. Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Rot-grüne Uneinigkeit bei der Nordumgehung von Nordhorn - Was stimmt jetzt?

Die Nordumgehung Nordhorn stellt nach Ansicht von Verkehrsexperten eine wichtige Infrastrukt­urinvestition in dem Landkreis Grafschaft Bentheim dar. Die Kreisstadt Nordhorn würde dadurch vom Durchgangsverkehr entlastet. Der nördliche Landkreis Grafschaft Bentheim könnte durch diese Maßnahme schneller und verkehrsgerechter an das überörtliche Straßennetz - insbesondere an die A 31 - angeschlossen werden. Die Straßenbaumaßnahme könnte zudem einen Beitrag zur Steige­rung der Standortqualität leisten. Daher haben der Landkreis Grafschaft Bentheim und die Stadt Nordhorn diese Straßenbaumaßnahme im Planungsprozess aus kommunalen Mitteln unterstützt und vorangetrieben.

Die Nordumgehung ist zudem im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans und in der Investitionsplanung des Bundes enthalten. Der ehemalige Ministerpräsident David McAllister hat im Dezember 2012 in Uelsen erklärt, dass er von einem Baubeginn im Jahr 2014 ausgeht.

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion um den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bünd­nis90/Grüne in Niedersachsen hat der SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Will am 15. Februar 2013 in den *Grafschafter Nachrichten (GN)* folgendes erklärt: „Der Bau der umstrittenen Nordhorner Nordumgehung sei für eine rotgrüne Landesregierung nicht ‚gestorben‘, versichert Gerd Will. Rot-Grün will bekanntlich in der Verkehrspolitik den Schwerpunkt vom Straßenbau auf Schiene und öf­fentlichen Nahverkehr verlegen. Deshalb sollen alle neuen Verkehrsprojekte auf den Prüfstand. Das heiße aber nicht, so Will, dass baureife Projekte nicht umgesetzt würden. ‚Die Nordhorner

Nordumgehung ist eines von sechs baureifen Projekten in Niedersachsen. Sie könnte ab morgen gebaut werden, wenn der Bund Geld dafür bereitstellen würde.“

Die örtlichen Grünen äußerten sich am 19. Februar 2013 ebenfalls in den *GN*: „Die Graftschafter Bündnisgrünen begrüßen einhellig die rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Hannover, aber in einem Punkt lesen sie sie anders als der SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Will: Dessen Aussagen zur umstrittenen Nordhorner Nordumgehung seien ‚regionales sozialdemokratisches Wunschenken‘, das sich aus dem Koalitionsvertrag nicht ableiten lasse. Die Grünen sind sicher: Die Umgehung kommt nicht.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird sich die neue Landesregierung im Hinblick auf diese Straßenbaumaßnahme beim Bund positionieren?
2. Können sich die Stadt Nordhorn und der Landkreis Grafschaft Bentheim auch weiterhin auf die Zusagen und die Unterstützung des Landes bei dieser wichtigen Infrastrukturinvestition verlassen?
3. Wann rechnet die Landesregierung mit dem Baubeginn?

28. Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Welche Straßenbauprojekte hält die Landesregierung im Landkreis Uelzen für wichtig?

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 legen sich die Koalitionäre darauf fest, die von Niedersachsen eingereichten Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bis 2030 zu überprüfen und gegebenenfalls einzelne Projekte zu streichen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat darüber hinaus in einer Pressemitteilung vom 25. Februar 2013 angekündigt, sich allein auf die Bestandserhaltung zu beschränken und nicht in neue Straßenbauprojekte zu investieren. In den nächsten Jahren könne kein Spatenstich gesetzt werden, so die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen. Zudem sollen laut Pressemitteilung „die 241 Aus- und Neubauten von Bundesstraßen und Autobahnen auf den Prüfstand, die Schwarz-Gelb Ende 2012 für den kommenden Bundesverkehrswegeplan“ angemeldet hatte.

Hiervon wären im Landkreis Uelzen laut aktueller Anmelde-Liste für den Bundesverkehrswegeplan zusätzlich zum Ausbau der A 39 auch die Errichtung von drei Ortsumgehungen betroffen: die B 191 für Stöcken (Anmelde-Liste Nr. 122) sowie die B 71 für Groß Liedern (Nr. 96) und für Hanstedt II (Nr. 98).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird sich die Landesregierung wie angekündigt auf die Bestandserhaltung von Bundesstraßen beschränken und auf Neubauprojekte verzichten?
2. Hat die Landesregierung vor, die drei genannten Ortsumgehungen im Landkreis Uelzen aus der Anmelde-Liste für den Bundesverkehrswegeplan herauszunehmen?
3. Kann die Landesregierung bei einer Streichung der Projekte garantieren, dass in den betroffenen Ortschaften ohne Ortsumgehungen das Verkehrsaufkommen dauerhaft unter das bereits bestehende Niveau gesenkt werden kann?

29. Abgeordneter Karsten Heineking (CDU)

Steht die rot-grüne Landesregierung zum bundesweiten Feldversuch für Lang-Lkw?

Nach Ansicht von Verkehrsexperten profitieren Verkehrsgewerbe und der Logistiksektor von kostengünstigen und ökologisch wertvollen Ergänzungen des Güterverkehrs wie beispielsweise innovativen Nutzfahrzeugen wie dem Lang-Lkw, die in ihrem Einsatzfeld einen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Straßengüterverkehr leisten.

Im Januar 2012 startete der bundesweite Feldversuch zur Erprobung des Potenzials von Lang-Lkw, an welchem sich die CDU-geführte Landesregierung in Niedersachsen von Anfang an beteiligte. SPD und Grüne lehnten den Einsatz von Lang-Lkw zunächst ab. Die SPD unterstützte darüber hinaus eine Klage der Bundesländer Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein vor dem Bundesverfassungsgericht.

Anlässlich der Jahresversammlung des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen in Soltau sprach sich der SPD-Landesvorsitzende Stephan Weil im November 2012 entgegen vorherigen Aussagen dafür aus, dass „der Feldversuch (...) weiter ergebnisoffen durchgeführt werden“ solle (DVZ, 20. November 2012). Nach der Landtagswahl im Januar 2013 haben sowohl das niedersächsische Verkehrsgewerbe als auch der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag die neue Landesregierung dazu aufgefordert, am Feldversuch festzuhalten.

Auch das niedersächsische Nachbarland Bremen öffnet sich derzeit durch die Freigabe einzelner Autobahnstrecken dem Einsatz von Lang-Lkw.

Ich frage die Landesregierung:

1. Steht die neue Landesregierung zu den von Herrn Weil im Wahlkampf getätigten Aussagen, den bundesweiten Feldversuch zur Erprobung des Potenzials von Lang-Lkw fortführen zu wollen?
2. Wird die neue Landesregierung andere SPD-geführte Bundesländer, die bisher nicht am Feldversuch teilnehmen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) dazu ermutigen, ebenfalls Strecken zu Testzwecken für Lang-Lkw freizugeben?
3. Wie schätzt die Landesregierung das Potenzial von Lang-Lkw für den kombinierten Verkehr ein?

30. Abgeordnete Sylvia Bruns (FDP)

Wohnungsbau in Niedersachsen

Der Wohnungsbau ist bundesweit in aller Munde. So titelte beispielsweise das *Hamburger Abendblatt* am 1. März 2013 „Wohnungsbau soll jetzt zur Chefsache werden“, und die *Frankfurter Rundschau* stellte am 28. Februar fest, dass es „zu wenige und zu teure Wohnungen“ gibt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie groß war in Niedersachsen die Gesamtförderung für den öffentlichen Wohnungsbau im Jahr 2012, und wie verteilen sich Gelder nach Bundes- und Landesmitteln?
2. Wie viele Baugenehmigungen gab es 2012 für den öffentlichen Wohnungsbau in Niedersachsen?
3. Wie groß war im Jahr 2012 das private Investitionsvolumen im Bereich des Wohnungsbaus, und wie viele Baugenehmigungen gab es in diesem Bereich?

31. Abgeordneter Christian Grascha (FDP)

Gewerbesteuerlast der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft

Durch verschiedene Äußerungen hat der Ministerpräsident und frühere Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, erkennen lassen, dass ein Verbleib des Geschäftssitzes der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft (HanBG) in Groß Berßen zur Disposition steht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kommune soll künftig von den Gewerbesteuereinnahmen der HanBG profitieren?
2. Eine Verlagerung des Geschäftssitzes der HanBG in eine andere Kommune zieht mit hoher Wahrscheinlichkeit eine höhere Gewerbesteuerlast nach sich. Wie ist diese Mehrbelastung für den Landeshaushalt zu rechtfertigen?

3. Inwiefern hält es die Landesregierung für sinnvoll, den Kommunen einen einheitlichen Gewerbesteuersatz vorzuschreiben, um die Möglichkeit des Standortwettbewerbs mit der Gewerbesteuer, wie Groß Betßen ihn nutzt, zu unterbinden?

32. Abgeordnete Gabriela König (FDP)

Werden Verkehrszeichen neuerdings in Niedersachsen willkürlich abgebaut?

Verkehrszeichen sind wichtige Bestandteile der Straßenverkehrsordnung in Deutschland. Gefahren-, Vorschrift-, Richt- und letztlich auch Zusatzzeichen weisen auf Gefahren hin, erleichtern den Straßenverkehr und dienen der Orientierung. Damit dies problemlos erfolgen kann, sollten sie sichtbar, schnell erfassbar und verständlich sein.

Der Hinweis auf Radarkontrollen durch feste Verkehrszeichen ist im In- und Ausland durch leicht verständliche Zusatzzeichen oder Piktogramme bekannt. Diese Hinweise können als freundliche Erinnerung an das eigene Fahrverhalten und als Akt der Fairness gewertet werden.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen niedersächsischen Verkehrsministers war es, die sogenannten Blitzerschilder an der Bundesautobahn A 2, zwischen Hannover und der Landegrenze zu Sachsen-Anhalt, abzuschaffen. Grundlage dieser Entscheidung ist, laut *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 23. Februar 2013, dass der Verkehrsminister Olaf Lies diese Schilder nicht mag.

Ich frage die Landesregierung:

1. Werden sämtliche Hinweisschilder „Radarkontrolle“ in Niedersachsen demnächst verboten?
2. Welche Verkehrszeichen sind darüber hinaus durch die Maßgabe „Verkehrsminister Olaf Lies mag diese Schilder nicht“ in ihrer Existenz bedroht?
3. Beabsichtigt die Landesregierung eine Bundesratsinitiative, die das bundesweite Verbot von Hinweisschildern auf mögliche oder tatsächliche Radarkontrollen beinhaltet?

33. Abgeordneter Dr. Marco Genthe (FDP)

Auf welcher Grundlage werden in Niedersachsen Disziplinarverfahren eingeleitet und anschließend eingestellt?

Ein Disziplinarverfahren hat die Aufgabe, mögliche Dienstvergehen von Beamtinnen und Beamten zu prüfen. Wenn Tatsachen bekannt werden, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, hat die Disziplinarbehörde die Pflicht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Sofern eine schuldhaftige Pflichtverletzung vorliegt, gibt es Maßregelungen, die mahnen und vorbeugen sollen, um das Ansehen des Berufsbeamtentums zu schützen. Das Disziplinarverfahren gegen den Amtsleiter des Geschäftsbereichs Bad Gandersheim der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat sich medial breit niedergeschlagen, weil ein von ihm verfasstes Schreiben öffentlich bekannt geworden ist. In der *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, Ausgabe vom Samstag, den 23. Februar 2013, heißt es hierzu: „Lies hat am Freitag ein Zeichen gesetzt: Das von Bode eingeleitete Disziplinarverfahren gegen einen Beamten, der in diesem Streit Dinge öffentlich gemacht haben soll, wird eingestellt.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Würde aus Sicht der Landesregierung bereits die heimliche Weiterleitung von internen, aber auch streng vertraulichen Behördenvorgängen aus Ministerien oder nachgelagerten Landesbehörden an Dritte, z. B. Interessenverbände, Medien oder Privatpersonen, zureichende Anhaltspunkte darstellen, um den Verdacht eines Dienstvergehens bzw. die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu rechtfertigen?
2. Hat es im Verfahren gegen Amtsleiter Udo O. eine ordnungsgemäße und umfassende Prüfung über den Verdacht eines möglichen Dienstvergehens gegeben?

3. Ist das Disziplinarverfahren gegen Amtsleiter Udo O. ordnungsgemäß zum Abschluss gebracht oder vorzeitig, drei Tage nach der Regierungsübernahme, eingestellt worden?

34. Abgeordnete Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Verletzungen von Tieren durch Windkraftanlagen

In den vergangenen Monaten erschienen verschiedene Medienartikel, in denen über die Gefahren für Vögel, Insekten und Fledermäuse durch Windkraftanlagen berichtet wurde. Ein Auslöser war eine Studie des Michael-Otto-Instituts in Bergenhusen/Schleswig-Holstein, welche die Auswirkungen des Repowering von Windkraftanlagen auf Vögel und Fledermäuse untersuchte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung, wie viele Vögel, Insekten und Fledermäuse in Niedersachsen durch Windräder verletzt wurden oder ums Leben kamen (wenn möglich, bitte aufschlüsseln)?
2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zum Schutz der Tiere?
3. Umweltschützer fordern, Windräder in Zeiten, in denen die Fledermäuse besonders verstärkt auf die Jagd gehen, abzuschalten. Um wie viele Stunden Abschaltung würde es sich dabei handeln, was würde die Abschaltung kosten und hätte eine solche Abschaltung Einfluss auf die Versorgungssicherheit des Landes, wenn ja, in welchem Maße?

35. Abgeordneter Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Schließung der Skihalle Snow Dome in Bispingen

Die Skihalle Snow Dome in Bispingen hat kürzlich die Schließung für Ende März aus wirtschaftlichen Gründen angekündigt. Die Investition erfolgte auch maßgeblich unter Einsatz von Landesmitteln. Zudem fanden kürzlich Gespräche zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Geschäftsführung statt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches sind die konkreten Ergebnisse der Gespräche?
2. Inwiefern wird sich die Landesregierung für den Weiterbetrieb der Skihalle in Bispingen einsetzen, und welche Maßnahmen hält sie für geeignet bzw. wird sie anwenden?
3. Inwiefern stellt die Belastung durch hohe Kosten für die EEG-Umlage einen maßgeblichen Faktor für die Unwirtschaftlichkeit des Betriebs dar?

36. Abgeordneter Björn Försterling (FDP)

Sitzenbleiben abschaffen - oder doch nicht?

Anlässlich der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse haben die Schulpolitikerinnen von SPD und Grünen am Rande der Koalitionsverhandlungen geäußert, das Sitzenbleiben abschaffen zu wollen. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen sieht entsprechend vor, dass „Sitzenbleiben und Abschulung durch individuelle Förderung überflüssig“ gemacht werden solle. Während der darauf folgenden Diskussion äußerte sich Kultusministerin Heiligenstadt jedoch zurückhaltend zu den eigenen Plänen und erklärte, dass das Thema nunmehr doch nicht vorrangig behandelt werde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung das Abschaffen des Sitzenbleibens? Falls ja, zu welchem Schuljahr?
2. Wie soll die versprochene individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ausgestaltet werden und welche Ressourcen sind dafür erforderlich?

3. Soll die Möglichkeit des freiwilligen Wiederholens erhalten bleiben, und werden die Lehrkräfte auch künftig zu diesem Schritt raten dürfen?

37. Abgeordneter Björn Försterling (FDP)

Lehramtsausbildung und Lehramtsbesoldung

Die Kultusministerin hat in ihrer Pressemitteilung vom 5. März 2013 grundsätzlich begrüßt, dass in der Ausbildung befindliche Personen für das Lehramt an Gymnasien die Lehrbefähigung für das Gymnasium erreichen können, ohne je ihren Ausbildungsunterricht an einem Gymnasium erteilt zu haben. Auch ist im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen die Vereinheitlichung der Lehrerausbildung vorgesehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung eine Angleichung der Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen und an Gymnasien hinsichtlich der Besoldung?
2. Beabsichtigt die Landesregierung die Niedersächsische Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen dahin gehend zu ändern, die Arbeitszeit schulformunabhängig festzusetzen?
3. Wann wird die Landesregierung Vorschläge zur Vereinheitlichung der Lehrerausbildung vorlegen?